

► **Flüchtlinge**

Abschiebelager sind deutscher Exportschlager

Initiativen: Bundesrepublik besonders hart zu Flüchtlingen

Von Hendrik Lasch, Leipzig

Rund 100 Flüchtlinge werden täglich aus Deutschland abgeschoben. Die meisten in Haft. Hilfeeinheiten organisieren Betreuung – und fürchten, dass sich die Lage noch verschlechtert.

Der Zaun ist zwei Meter hoch, draußen patrouilliert der Wachschutz. Arbeit oder sinnvolle Freizeit gibt es ebensowenig wie Deutschkurse. Die Essenpakete müssen täglich abgeholt werden, ein paarmal nicht auftaucht, wird zur polizeilichen Fahndung ausgeschrieben. Dicht an Menschen aus Afghanistan, Togo, Albanien in einem Haus am Rande einer Industriekolonie, ein Kilometer von der nächsten Siedlung entfernt.

»Ausreisezentrum« ist der freundliche Name für solche Einrichtungen, in denen immer festgehalten werden. Die meisten von ihnen werden nach einem abschlägig beschieden nur geduldet – und sollen durch die erbärmlichen Bedingungen »zur freiwilligen Ausreise« werden, sagt Florian Dotzler von der Münchner Initiative »res publica«, die auf die »Probleme« in den Zentren aufmerksam machen will. Dotzler trug seine Beobachtungen am Wochenende des bundesweiten Treffens von Initiativen vor, die sich mit dem Thema Abschiebehaft befassen. Jährlich werden aus der Bundesrepublik 30000 bis 40000 Flüchtlinge abgeschoben – der Großteil über den Flughafen Frankfurt(Main). Viele von ihnen müssen vorher einige Tage im Gefängnis verbringen.

Die Voraussetzung zur Inhaftierung liefert das bundesdeutsche Ausländerrecht, die Art und Weise, wie es den Bundesländern sehr unterschiedlich gehandhabt wird. Die 70 Vertreter von Gruppen, »Kommitees«, Flüchtlingsräten, Kirchen oder in der Antifa-Szene gibt, wollten sich bei dem Treffen austauschen wie über mögliche Hilfe während der Haft, bei der es sich um ein ungerechtes Verbrechen von Menschen handelt, wie Petra Krüger vom Flüchtlingsrat Leipzig sagt.

Während aber Abschiebehaft auf maximal 18 Monate befristet ist und eines richterlichen Urteils bedarf, gibt es bei den »Ausreisezentren« kaum noch Beschränkungen. In Niedersachsen leben nach Dotzlers Angaben manche Menschen seit deren Einrichtung 1998. Inzwischen gibt es Lager in fünf Bundesländern, darunter auch in Sachsen-Anhalt. Der »Erfolg« ist umstritten: In der miserable Lagererfahrung nur äußerst wenige Flüchtlinge zur eigentlich beabsichtigten Ausreise drängt, flüchten 50 Prozent in die Illegalität, sagt Dotzler. Manche Bundesländer verzichten bisher auf die Einrichtungen. Dort, heißt es sarkastisch, sind die Bedingungen für Asylbewerberheimen bereits schlimm genug.

Generell gehört Deutschland zu den Vorreitern, wenn es um abschreckende Bedingungen für Asylbewerber geht, sagt Karl Kopp von Pro Asyl, der auch Vizevorsitzender des Europäischen Flüchtlingsrates ist. Die EU-weite Harmonisierung von Standards werde von der rot-grünen Mehrheit blockiert. So ist eine Richtlinie über den Umgang mit Opfern nichtstaatlicher Verfolgung in den Ländern unterzeichnet, nur die Bundesrepublik stellt sich quer. Deutschland, sagt Kopp, »ist bei Restriktionen«.

In einem europäischen Klima, das Zuwanderung immer ablehnender beurteilt, hat sich die Bundesrepublik damit ein fragwürdiges Renommée erworben, meint Kopp: »Kein Land, das abgeschreckt und abgeschoben.« Die Zahl der Asylanträge ist seit 1992 von 420000 auf 150000 gesunken. Grund seien gesetzlich ermöglichte Instrumente wie längere Abschiebehaft, Abschiebeverfahren und effizientere Abschiebepraktiken. Andere EU-Länder würden sich daran orientieren, sagt Kopp und weist auf einen Umstand hin, der angesichts der deutschen Lage als bedenklich erscheint: »Lager sind ein deutscher Exportschlager.«